



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss
Sitzungsnummer	2. Sitzung
Datum	Dienstag, den 31.05.2011
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:10 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend waren: vom Gremium:

Ausschussvorsitzende Dr. Greis,	B90/Grüne
Stadträtin Dr. Göttlicher-Göbel,	SPD
Stadtverordneter Bursukis,	SPD
Stadtverordneter Dr. Ihmels,	SPD
Stadtverordnete Koster,	SPD
Stadtverordneter Breidsprecher, (i.V.f. Stv. Cloos)	CDU
Stadtverordneter Lang,	CDU
Stadtverordneter Hedderich, (i.V.f. Stve. Viehmann)	CDU
Stadtverordnete Öztürk,	B90/Grüne
Stadtverordneter Lautz,	FW
Stadtverordneter Wolf,	FDP

vom Magistrat:

Stadtrat Semler,	FW
------------------	----

von der Verwaltung:

Herr Ketterer, Hilfsdezernent Dez. III	ohne
Herr Wein, Rechtsamt	ohne
Herr Pabst, Planungs- und Hochbauamt	ohne
Herr Heller, Tiefbauamt	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Lehne, als Schriftführer
Frau John

ferner waren anwesend:

Stv. Kraft, die Linke

AV Dr. G r e i s eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

AV Dr. G r e i s wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 4, Bebauungsplan Nr. 407 „Wahlheimer Weg“, im Geschäftsgang bleiben solle.

Tagesordnungspunkt 2, Stützwanderneuerung im unteren Abschnitt der Langenbergstraße in Nauborn, sei noch nicht im Ortsbeirat behandelt worden, teilte Stv. W o l f mit.

AV Dr. G r e i s bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern für das durch Ihre Wiederwahl zur Ausschussvorsitzenden gezeigte Vertrauen. Gute Zusammenarbeit, rege und sachliche Diskussionen sowie ein fairer Umgang sollten wie in der vergangenen Wahlperiode die Ausschussarbeit bestimmen. Nach Anregung von AV Dr. G r e i s verständigte sich der Ausschuss darauf, den Tagesordnungspunkt „Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift“ wie bisher am Ende der Tagesordnung zu behandeln.

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1

0092/11

Technische Ausführung zur Gestaltung des Steighausplatzes in Wetzlar

I/12

TOP 2

0119/11

Stützwanderneuerung im unteren Abschnitt der Langenbergstraße in Nauborn

I/15

TOP 3

0157/11

Bebauungsplan Nr. 402 „Bahnhofstraße“

- Satzungsbeschluss -

I/16

TOP 4
0160/11
Bebauungsplan Nr. 407 „Wahlheimer Weg“
I/13

TOP 5
Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 16.05.2011

TOP 6
Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1
0092/11
Technische Ausführung zur Gestaltung des Steighausplatzes in Wetzlar

Sie sei mit dem Beschlusstext nicht zurecht gekommen, bemängelte AV Dr. G r e i s. Die Formulierung sei ähnlich einer Mitteilungsvorlage. Es handele sich hier jedoch um eine Beschlussvorlage.

Herr K e t t e r e r führte aus, dass die Planung weiter bearbeitet wurde. In diesem Zusammenhang seien unabwendbare zusätzliche Kostenpunkte aufgetreten. Das beauftragte Planungsbüro beabsichtige zunächst ein Pflaster, ähnlich dem des Schillerplatzes, zu verwenden. Aufgrund der dort gemachten negativen Erfahrungen soll dieses aber nicht für den Steighausplatz genutzt werden. Bei Punkt 2 des Beschlusses handele es sich um Maßnahmen, die nicht zwingend erforderlich, aber möglich seien. Über diese zusätzlichen Möglichkeiten solle politisch entschieden werden.

Für Stv. B r e i d s p r e c h e r spielte die Formulierung keine so große Rolle. Er erinnerte zudem an einen ähnlichen Beschluss beim Hallenbad „Europa“.

Stve. Ö z t ü r k interessierte zu erfahren, ob bei zusätzlichen Kosten eine neue Kalkulation vorgelegt werde oder die zusätzlichen Kosten im Voraus beschlossen werden.

Die Kostenangaben innerhalb der Vorlage beruhten auf unterschiedlichen Planungsständen, teilte Herr K e t t e r e r mit. Er wies ferner auf den Vorentwurf aus dem Februar diesen Jahres hin. Dies sei eine reine Kostenschätzung gewesen. Im Zuge der weiteren Planung liege nun die sogenannte Kostenberechnung vor. Die Ausschreibung, die auf den Beschluss folge, könne erneut zu Differenzen führen.

Im Bezug auf die in Punkt 2c der Begründung angesprochene aufwendige Instandsetzung fragte Stve. Ö z t ü r k an, welche Kosten eine solche Instandsetzung verursachen würde, hierzu gebe es keine Größe. Eingehend auf das in Punkt 1b der Begründung genannte Großsteinpflaster erkundigte sie sich nach der Inanspruchnahme von Fördermitteln des Landes Hessen im Rahmen des Hessentages.

Für die beschriebenen Maßnahmen liege keine Förderfähigkeit seitens des Landes Hes-

sen vor, antwortete Herr K e t t e r e r und erläuterte die Maßnahmen anhand des ausgehängten Planes. Die Instandsetzung der Mauer sei sehr aufwendig und teuer, weshalb eine Sanierung nicht weiter in Betracht gezogen worden sei. Wesentliches Ziel sei die Öffnung des Platzes für die Öffentlichkeit. Unter diesem Aspekt könne sich der Abbruch der Mauer vorteilhaft auswirken, fügte er ergänzend hinzu.

Stv. Dr. I h m e l s erkundigte sich nach der Problematik des kontaminierten Bodens. Er frage sich, ob es nicht besser sei, diesen ganz zu entfernen, wenn ohnehin ein Eingriff erfolge.

Herr K e t t e r e r informierte darüber, dass unter dem Steighausplatz „denkmalschutzrelevante Schichten“ vorhanden seien, die vorerst aber nicht weiter untersucht werden sollen. Eine Untersuchung dieser Flächen könne auch später geschehen. Durch die geplante Ausführung werde die Kontamination in gewissem Maße erhalten bleiben. Bei einer kompletten Entfernung des Bodens sei jedoch mit Kosten in Höhe von mindestens 500.000 € zu rechnen. Das Forum stehe auch auf kontaminiertem Boden. Gefahr bestünde nur, wenn Regenwasser unmittelbaren Kontakt nehmen könne.

Stv. Dr. I h m e l s kritisierte ebenfalls die Formulierung des Beschlusses. Entweder sei eine eindeutige Beschlussvorlage oder eine Mitteilungsvorlage vorzulegen. Für ihn sei es kein gangbarer Weg, in einen Beschlusstext mehrere Varianten aufzunehmen. Es entstünde der Eindruck, dass der Magistrat eine Vorlage in die Beratung bringen wolle, ohne Verantwortung zu übernehmen.

StR S e m l e r verglich die Situation mit der beim Hallenbad „Europa“. Es seien viele Informationen in der Vorlage enthalten, die Punkte 2b und 2c bedürften seiner Ansicht nach einer politischen Entscheidung. Punkt 1 solle zur Kenntnis gegeben werden, über die Punkte 2a bis 2c sollte seines Erachtens nach zusätzlich eine Diskussion geführt werden. Darüber hinaus seien die unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung berücksichtigt worden.

Für die momentane Interimszeit sei eine solche Verfahrensweise in Ordnung, befand Stv. Dr. I h m e l s. Generell erwarte er jedoch vom Magistrat eine klare Haltung, ob Zustimmung oder Ablehnung zu einzelnen Positionen bestehe.

Punkt 2a sei vom Magistrat nicht empfohlen worden, teilte Stv. H e d d e r i c h mit. Ihn interessiere zu erfahren, wie denn die Ausführung nach Ansicht des Magistrats erfolgen solle.

Bei dem Teilabschnitt zwischen dem „Alloheim“ und dem Schillerplatz sei vom Behinderertenbeirat gewünscht worden, eine bessere fußläufige Verbindung zu schaffen, führte Herr K e t t e r e r aus. Für den gesamten Steighausplatz sei das Großpflaster gewählt worden, welches auch auf der Lahnbrücke verwendet werde. Diese Steine verfügten über dichte Fugen sowie eine relativ glatte Oberfläche. Frau Teßmer habe dieser Variante zugestimmt.

Stv. W o l f befürwortete es, dass einer Veränderung des Pflasters zugestimmt werden müsse und begrüßte das unter Punkt 2c geplante „Einbeziehen der Barfüßer Gasse“. Er frage sich jedoch, warum großes Pflaster teurer sei als kleines.

Das große Pflaster verfüge über eine andere Dicke und werde unterschiedlich bearbeitet, antwortete Herr K e t t e r e r. Der Aufwand beim Verlegen des großen Pflasters sei zu-

dem etwas höher, da die Steine gesetzt werden müssten und ein Nachrütteln wie bei einem kleinem Pflaster nicht möglich sei.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach den in Punkt 2b genannten temporären Strom- und Wasseranschlüssen.

Da der Steighausplatz auch nach dem Hessentag für Veranstaltungen genutzt werden solle, sei die Einrichtung der entsprechenden Infrastruktur sinnvoll, befand Herr K e t t e r e r. An verschiedenen Stellen würden zur Versorgung Anschlussstellen durch den Einbau von Schächten geschaffen werden. Fliegende Leitungen auf der Platzoberfläche könnten hierdurch vermieden werden.

Stve. Ö z t ü r k nahm Bezug auf die Diskussion über die Formulierung des Beschlusstextes und den Vergleich mit dem Europabad. Sie habe Vorlagen gerne inhaltlich richtig formuliert und ausgearbeitet. Ein Bezug zu Handhabungen aus der Vergangenheit sei ihrer Ansicht nach hinfällig, da das Parlament neu gewählt sei. Sie möchte den Wählerauftrag gewissenhaft ausfüllen und hätte sich gewünscht, dass die Einvernehmlichkeit mit der Behindertenvertretung bezüglich der Wahl des Pflasters in der Vorlage erwähnt worden wäre.

Herr K e t t e r e r merkte an, dass es gängige Praxis sei, neue Sachstände in Vorlagen einzuarbeiten. Nachträgliche Fragen könnten sich immer ergeben und in einer Ausschusssitzung besprochen werden. Ferner handele es sich um eine laufende Planung.

AV Dr. G r e i s interessierte zu erfahren, ob im Haushalt bereits Mittel eingestellt seien, oder eine Abwicklung über den Nachtragshaushalt erfolgen solle. Es seien Mittel in Höhe von 505.000 € eingestellt, informierte Herr K e t t e r e r.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, Ziffer 1b in nachfolgenden Beschlusstext umzuwandeln:

„Der Verwendung von Basalt-Großpflaster und der damit verbundenen Kostenerhöhung in Höhe von 55.000 €, von 505.000 € auf nunmehr 638.000 €, wird zugestimmt.“

Stv. Dr. I h m e l s schlug vor, zu Ziffer 2a folgende Formulierung aufzunehmen:

„Wegen des Änderungsbeschlusses zu Ziffer 1 b) sowie der Aussage der Behindertenkommission, dass das dort aufgeführte Großpflaster ausreichend sei, hat der Umweltausschuss Ziffer 2 a) einstimmig abgelehnt.“

Der zur Abstimmung stehende Beschlusstext lautete nunmehr wie folgt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich die voraussichtlichen Baukosten

a) infolge der bei den Baugrunduntersuchungen vorgefundenen kontaminierten Böden um 78.000 € erhöhen.

b) Der Verwendung von Basalt-Großpflaster und der damit verbundenen Kostenerhöhung in Höhe von 55.000 €, von 505.000 € auf nunmehr 638.000 €, wird zugestimmt.

2. Darüber hinaus wird folgenden zusätzlichen Maßnahmen zugestimmt:

- a) In fußläufigen Teilabschnitten wird mit einem voraussichtlichen monetären Mehraufwand von 94.000 € das Großpflaster zur Verbesserung der Begehungsqualität durch geschnittene Natursteinplatten ersetzt (**Wegen des Änderungsbeschlusses zu Ziffer 1 b) sowie der Aussage der Behindertenkommission, dass das dort aufgeführte Großpflaster ausreichend sei, hat der Umweltausschuss Ziffer 2 a) einstimmig abgelehnt**).
- b) Der Platz wird zur Nutzung bei Veranstaltungen mit einem voraussichtlichen monetären Mehraufwand von 25.000 € mit Anlagen zur temporären Strom- und Wasserversorgung ausgestattet.
- c) Die am Beginn der Barfüßerstraße zur Abstützung und Umrandung einer höher gelegenen Baumgruppe vorhandene Natursteinmauer wird wegen schlechter Bausubstanz mit einem voraussichtlichen monetären Mehraufwand von 30.000 € abgebrochen und durch Naturstein-Blockstufen ersetzt.

Die Abstimmung ergab folgendes Ergebnis:

Ziffer 1 a) zur Kenntnis genommen
Ziffer 1 b) 11.0.0.
Ziffer 2 a) 0.11.0.
Ziffer 2 b) 11.0.0.
Ziffer 2 c) 11.0.0.

TOP 2

0119/11

Stützwanderneuerung im unteren Abschnitt der Langenbergstraße in Nauborn

Er habe heute ein Gespräch mit dem Ortsvorsteher geführt, teilte Stv. L a n g mit. Es handele sich um ein für Nauborn neuralgisches Thema. Die Vorlage solle noch am 14.06.2011 im Ortsbeirat erörtert werden. Damit eine Winterbaustelle vermieden werden könne, solle der Beschluss noch vor der Sommerpause erfolgen.

Auf Nachfrage von Stve. Ö z t ü r k führte Herr K e t t e r e r aus, dass die Anlieger bereits informiert und die Kosten generell umlagefähig seien.

Wann mit der Fertigstellung der gesamten Baumaßnahme gerechnet werde, interessierte Stv. L a u t z zu erfahren. Herr K e t t e r e r antwortete, dass im Moment nur der Abschnitt Langenbergstraße in Planung sei. Dass weitere Stützwände in den nächsten Jahren saniert werden müssten, sei bekannt. Dies könne unter Umständen jedoch fünf bis acht Jahre dauern.

Abstimmung, unter der Voraussetzung, dass der Ortsbeirat keine Änderung vornimmt:
11.0.0.

TOP 3

0157/11

Bebauungsplan Nr. 402 „Bahnhofstraße“ - Satzungsbeschluss -

StR S e m l e r nahm Bezug zur Vorlage und erläuterte diese anhand des ausgehängten Planes.

Abstimmung: 11.0.0.

TOP 4

0160/11

Bebauungsplan Nr. 407 „Wahlheimer Weg“

Er glaube nicht, dass die sinnvolle Maßnahme so umgesetzt werden könne, wie sie eingeleitet worden sei, bemerkte Stv. B r e i d s p r e c h e r und fragte an, ob seitens Buderus ein Antrag auf Baugenehmigung vorliege. Der Antrag liege bereits vor, berichtete StR S e m l e r.

Der Investor habe sich sicher auf die Baumaßnahme eingestellt und bereits viel investiert, so Stv. B r e i d s p r e c h e r. Ob die Stadt hier in Regress genommen werden könne, wenn eine Bebauung nicht erfolge, fragte er weiter an.

Er gehe davon aus, wenn keine Beratung erfolge, auch keine Baugenehmigung erteilt werde, teilte Stv. Dr. I h m e l s mit und riet, die Vorlage von der Tagesordnung zu nehmen. Seiner Ansicht nach bestünde seitens Buderus erst ein Anspruch auf Baugenehmigung, wenn der Bebauungsplan beschlossen sei.

Stve. Ö z t ü r k erkundigte sich, ob ein Verkehrskonzept vorhanden sowie ein beschleunigtes Verfahren erforderlich sei.

Er habe es noch nie erlebt, dass jemand in diesem Bereich „länger steht“ als in anderen Straßenabschnitten der Stadt, bemerkte Stv. B r e i d s p r e c h e r. Ferner ging er auf Leserbriefe aus der Wetzlarer Neuen Zeitung ein, wonach der Bürgerwille gegen eine Bebauung spreche. Hier habe jemand das Vorhaben bewusst öffentlich schlecht dargestellt. Des Weiteren sprach er von einer Verleumdungsaktion gegenüber dem Stv. Beck.

Das Vorhaben sei nach § 33 Baugesetzbuch baureif, gab StR S e m l e r zur Kenntnis. Das Thema sei emotional belegt, ein sachlicher Umgang daher schwierig. Den Vorwürfen gegen Stv. Beck sei in der Wetzlarer Neuen Zeitung deutlich widersprochen worden. Die erhobenen Anschuldigungen hätten sich nicht bestätigt. In der Argumentationsfolge sollten auch Themen wie Belebung, Wirtschaftsförderung, Wachstum und Standortsicherung, die grundsätzlich auf der Agenda stünden, berücksichtigt werden, befand StR S e m l e r. Er ging hierzu noch auf die Themen „Siedlungsraum schaffen/Investorenunterstützung“ ein. Vom Grundsatz her müsse die Stadt Interesse an der Bebauung haben, obwohl für die direkte Nachbarschaft Veränderungen eintreten würden.

Stv. H e d d e r i c h nahm Bezug auf den in der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossenen Aufstellungsbeschluss. Die SPD habe mit dafür gestimmt, die

Grünen sich enthalten. Er verstehe nicht, warum der damalige Beschluss heute wieder falsch sein solle.

Sie persönlich begrüße Städte- und Standortentwicklung, fügte Stv. Ö z t ü r k an. Die Bahnhofstraße zum Beispiel würde jedoch durch neue Wohnfläche nicht zwingend attraktiver werden, hier sehe sie fast keine Chance.

Es gehe bei der Schaffung neuer Gebiete um eine ganzheitliche Sicht, konstatierte StR S e m l e r. Es müsse immer eine punktuelle Betrachtung erfolgen. Da diese Diskussion sehr emotional sei, müsse man sehen „was Aufgabe der Stadt ist“ und sich nicht nur mit der Innenstadt beschäftigen.

Stv. Dr. I h m e l s verglich das Vorhaben mit dem Bebauungsplan „Vor der Warte“. Planreife könne seiner Ansicht nach auch deshalb nicht vorliegen, da Widersprüche aus dem Kreis der Betroffenen bestünden, welche vorerst behandelt werden müssten.

Herr P a b s t führte aus, dass seinerzeit nur eine bestimmte Anzahl an Gebäuden festgelegt wurde, jedoch keine Festlegung auf die Anzahl der Wohnungen erfolgt sei. Mit Bezug auf den Vergleich zum Bebauungsplan „Vor der Warte“ fügte er hinzu, dass hier eine Anzahl von 2 Wohnungen nicht überschritten werden durfte, eine solche Festlegung sei hier nicht getroffen.

Im Satzungsbeschluss des Baugebietes „Vor der Warte“ seien lediglich 2 Wohnungen zugelassen gewesen, um dem „Charakter des Baugebietes“ Rechnung zu tragen. Nach seiner Ansicht sei hierdurch eine Leitlinie für das angrenzende Gebiet gegeben, bemerkte Stv. Dr. I h m e l s.

StR S e m l e r brachte ein, dass im Bebauungsplan „Wahlheimer Weg“ explizit darauf hingewiesen sei, welche und wie viele Gebäude gebaut werden sollen. Ferner gelte eine solche Festsetzung immer nur für das umgrenzte Baugebiet.

Seiner Ansicht nach „überziehen“ Bürgerinitiativen hin und wieder, führte Stv. Dr. I h m e l s aus. Hiermit müsse man umgehen und versuchen, die beteiligten Personen mitzunehmen.

Stv. B r e i d s p r e c h e r kritisierte, dass in der Presse teilweise von „Monsterbauten“ die Rede sei und bat ferner darum, allen Stadtverordneten Bilder der geplanten Bebauung vorzulegen, damit man sich ein Bild von den Planungen machen könne.

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

TOP 5

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 16.05.2011

Mitteilungen

StR S e m l e r nahm Bezug auf die Anfrage von Stve. Heil-Schön bezüglich der Kindertagesstätte „Mullewapp“ in Hermannstein in der Ausschusssitzung vom 22.02.2011. Er führte aus, dass nach Überprüfung der Örtlichkeit bei Starkregen eine Vermatschung der Parkfläche festgestellt werden konnte. Das Fachamt sei angewiesen worden, eine Platzverbesserung durchzuführen.

Anfragen

Stve. Ö z t ü r k bat um eine Aufstellung von Baumaßnahmen, die aufgrund des Hessentages in Förderprogramme des Landes Hessen fallen.

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l bat um Sachstandsmitteilung, welche Maßnahmen aktuell über die Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes gefördert werden.

Stv. W o l f bezog sich auf die fertiggestellte Pylonbrücke in Richtung Bachweide und die Bauausführung mit einer Rampe und einer Treppe. Im Hinblick darauf, dass die Ausführung mit einer Treppe kostengünstiger sein sollte, erkundigte er sich nach den Kosten für diese Maßnahme im Vergleich zu der Anbringung einer Rampe.

Stve. K o s t e r wies darauf hin, dass sich in dem Gebiet Radweg Inselstraße sowie im Bereich Forum unter der Brücke Richtung Niedergirmes verstärkt Personen aufhalten, die Alkohol konsumieren und eventuell Kampfhunde mit sich führen. Sie bat um Abhilfe.

Niederschrift vom 16.05.2011

Die o.g. Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

TOP 6

Verschiedenes

AV Dr. G r e i s schlug vor, dass der Ausschuss in den Sommermonaten, wie schon in den vergangenen Jahren, Begehungen von verschiedenen Projekten durchführt. Sie schlage die zwei folgenden Gebiete vor:

- Naturschutzprojekt Lahnschlinge in Dutenhofen und
- der Bereich Bodenfeld/Bachweide (im Hinblick auf die Hessentagsumgestaltung)

Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, die erste Begehung (Lahnschlinge) vor der Sitzung am 16.08.2011 durchzuführen.

Auf Nachfrage von Stv. W o l f hinsichtlich des Altarms bei der Kläranlage antwortete Herr K e t t e r e r, dass die Grundsatzplanung vorhanden sei, jedoch erst weitere Fragen zur Westtangente geklärt werden müssten.

Stv. Dr. I h m e l s ging auf das Anzeigensystem am Bahnhof ein und bedankte sich,

sofern die Anbringung auf Intervention der Stadt geschehen sei. Er habe bereits in der Vergangenheit ein solches System gewünscht.

Dies sei auf Intervention der Stadt geschehen, teilte Herr K e t t e r e r hierzu mit. Jedoch müsse die Installation in den kommenden Wochen aufgrund der Baumaßnahme wieder abgehängt werden, anschließend werde diese aber wieder installiert.

AV Dr. G r e i s schloss, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, die 2. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses.

Die Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

Dr. G r e i s

L e h n e